

2204/AB

vom 18.08.2025 zu 2687/J (XXVIII. GP)



Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz

sozialministerium.gv.at

Korinna Schumann
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.510.980

Wien, 6.8.2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 2687/J des Abgeordneten Peter Wurm betreffend Rückerstattung unzulässiger Kreditgebühren durch die Santander Consumer Bank** wie folgt:

Fragen 1 und 2:

- *Welche Informationen liegen Ihrem Ressort über die Zahl der von unzulässigen Kreditgebühren betroffenen Santander-Kunden vor?*
- *Welche Informationen liegen Ihrem Ressort über die Gesamthöhe der von der Santander Consumer Bank unzulässig verrechneten Gebühren vor?*

Dem BMASGPK liegen dazu keine Informationen vor. Nach Angaben der Bundesarbeitskammer (BAK), auf deren Verbandsklage das Urteil des OGH gegen die Santander Consumer Bank zurückgeht, sind mehr als 100.000 Kreditverträge von der Entscheidung des OGH betroffen.

Frage 3:

- *Wie viele Beschwerden sind Ihrem Ressort in diesem Zusammenhang bereits bekannt geworden?*

Da die Santander Consumer Bank die gesetzwidrige Kreditbearbeitungsgebühr nach Gesprächen mit der BAK unkompliziert zurückzahlt, liegt dem BMASGPK bislang keine Beschwerde vor. Laufende Kredite werden von der Bank automatisch berichtigt; bei bereits getilgten Krediten reicht ein Online-Formular, das man auf der Website der Bank ausfüllen kann.

Frage 4:

- *Wird Ihr Ressorts Maßnahmen setzen, um sicherzustellen, dass die betroffenen Konsumenten über ihre Rückerstattungsansprüche informiert werden?*

Laufende Kredite werden von der Bank ohnehin automatisch berichtigt. Die Information von Kreditnehmer:innen mit bereits zurückgezahlten Krediten erfolgt durch die BAK und die Bank selbst (siehe

<https://www.arbeiterkammer.at/beratung/konsument/Geld/Kredite/Santander-zahlt-unzulaessige-Gebuehren-zurueck-.html#:~:text=Santander%20zahlt%20nach%20Gespr%C3%A4chen%20mit%20der%20AK%20unkompliziert,berichtigt%2C%20bei%20bereits%20getilgten%20Krediten%20reicht%20ein%20Online-Formular>). Weitergehende Informationsmaßnahmen durch mein Ressort erfolgen daher nicht.

Fragen 5 und 6:

- *Wie werden Sie die betroffenen Konsumenten bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche gegen die Santander Consumer Bank unterstützen?*
- *Ist eine Koordination mit der Arbeiterkammer oder dem Verein für Konsumenteninformation (VKI) zur Unterstützung der Konsumenten vorgesehen?*
 - a. *Wenn ja, in welcher konkreten Ausgestaltung?*

Eine Unterstützung der betroffenen Konsument:innen oder eine Koordination mit der BAK oder dem VKI ist nicht notwendig. Laufende Kredite werden von der Bank automatisch berichtigt; bei bereits getilgten Krediten reicht ein Online-Formular, das man auf der Website der Bank ausfüllen kann.

Frage 7:

- *Liegen Ihrem Ressort Informationen vor, ob auch andere Banken in Österreich unzulässige Kreditgebühren in vergleichbarer Form wie die Santander Consumer Bank verrechnet haben?*

In der Vergangenheit haben viele Banken inhaltsgleiche Vertragsklauseln verwendet, in denen unzulässige Kreditbearbeitungsgebühren vorgesehen wurden.

Frage 8:

- *Wie viele Beschwerden oder Hinweise zu unzulässigen Kreditgebühren wurden Ihrem Ressort seit 2015 gemeldet?*

Da Kreditbearbeitungsgebühren in Österreich bis 2024 als grundsätzlich zulässig angesehen wurden, gab es in der Vergangenheit nur wenige Beschwerden. Diese beschränkten sich vor allem auf Kreditverträge, in denen wie im Fall der WSK Bank ungewöhnlich hohe Bearbeitungsgebühren verrechnet wurden.

Frage 9:

- *Gibt es derzeit laufende Verfahren oder Prüfungen durch den VKI, die Arbeiterkammer oder Ihr Ressort gegen weitere Banken wegen unzulässiger Kreditgebühren?*
 - a. *Wenn ja, gegen welche Banken?*
 - b. *Wenn ja, wie lauten die Vorwürfe?*
 - c. *Wenn ja, wie viele Kunden sind betroffen?*
 - d. *Wenn ja, welche weiteren Schritte sind geplant?*

Der VKI führt derzeit keine weiteren Verfahren im Auftrag des BMASGPK zu Kreditbearbeitungsgebühren. Ob die Arbeiterkammer weitere Verfahren führt oder plant, ist dem BMASGPK nicht bekannt.

Das BMASGPK wird die weitere Entwicklung beobachten. Sollte es bei der Rückzahlung unzulässig verrechneter Kreditbearbeitungsgebühren zu Problemen kommen, wird das BMASGPK mit dem VKI allenfalls weitere Verfahren zur Durchsetzung der Rechte der Verbraucher:innen prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Korinna Schumann

